

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. November 2016

Die transatlantischen Beziehungen stärken!

Die in den letzten Jahren zunehmende geopolitische Zurückhaltung der USA hat nicht nur die Destabilisierung des Nahen Ostens und Nordafrikas, sondern auch den Weltmachtanspruch eines zunehmend anti-westlichen und imperialen Russlands befördert. Beides gefährdet die Sicherheit, Freiheit und Einheit Europas.

Die notwendige Vertiefung der Europäischen Union als Antwort auf die neue Krisen- und Bedrohungslage erfordert auch eine Vertiefung der Westbindung und Verstärkung der transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA.

Eine strategische Verantwortungsgemeinschaft mit den USA („Partners in Leadership“) und die damit erforderliche vertrauensbildende Berechenbarkeit und Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik im Zeichen der Westbindung Deutschlands stärkt auch die USA als führende Verteidigungsmacht unserer gemeinsamen Werte gegenüber den Feinden der Freiheit.

Die transatlantischen Beziehungen sind in den letzten Jahren auch durch fehlenden Diskurs über unsere gemeinsamen Werte auf einen Tiefpunkt gelangt. Ein in vor allem außenpolitischen Fragen abgestimmtes Handeln der USA und Deutschlands ist kaum noch zu erkennen. Die transatlantische Partnerschaft aber ist und bleibt das essentielle strategische Bündnis.

Die Freien Demokraten sprechen sich deshalb für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen durch eine strategische Partnerschaft mit den USA zur Sicherung der europäischen Freiheit aus. Hierzu gehören insbesondere die:

- Vereinbarung regelmäßiger Regierungskonsultationen mit den USA auf Ministerebene, wie sie schon mit Indien, Brasilien und China bestehen,
- Entwicklung einer abgestimmten politischen und militärischen Russland- Strategie innerhalb der NATO,
- Entwicklung einer abgestimmten politischen und militärischen Strategie mit den USA für die Stabilisierung des Nahen Ostens,
- Erhöhung des Wehretats auf das von der NATO geforderte Niveau von 2% des Bruttonationalproduktes, davon 20 Prozent in Investitionen, um den Bündnisverpflichtung nachzukommen,
- Unterstützung der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur mit rechtsstaatlichen Mitteln,

- Erhöhung der Beteiligung von deutschen Polizistinnen, Polizisten und der Bundeswehr an UN-Friedensmissionen sowie eine entsprechende Ausstattung der Polizei und Bundeswehr, um diese für die oben beschriebenen Einsätze auch zu befähigen.